

ANTRAG Stadtrat Klaus Stapf (GRÜNE) vom: 30.11.2006 eingegangen: 30.11.2006	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	32. Plenarsitzung des Gemeinderates 23.01.2007 910 15 öffentlich Dez. 3
Jährliche Berichterstattung: Eingliederungsmaßnahmen im SGB II-Bereich		

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Die Verwaltung schlägt vor, dass der jährliche Geschäftsbericht der ARGE, der von der Geschäftsführung der Trägerversammlung vorzulegen ist, dem Sozialausschuss in öffentlicher Sitzung zur Kenntnis gegeben wird.

Finanzielle Auswirkungen nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>			
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ergänzende Erläuterungen:			
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Die Geschäftsführung der ARGE Jobcenter Stadt Karlsruhe hat der Trägerversammlung der ARGE regelmäßig über die Arbeit der ARGE zu berichten. Jeweils zum Jahresbeginn – nach Vorliegen der Daten für das vergangene Jahr – ist ein Geschäftsbericht zu erstellen.

Im Geschäftsbericht der ARGE sind neben grundsätzlichen Entwicklungen, wie z. B. der Frage nach der Anzahl der zu betreuenden Bedarfsgemeinschaften oder der Entwicklung der Zahlen im Bereich Jugendliche unter 25 Jahre, insbesondere auch die Aktivitäten der ARGE im Bereich Eingliederungsmaßnahmen und die damit verbundenen Ergebnisse darzustellen.

Der Geschäftsbericht der ARGE wird auch Vergleiche zu anderen ARGEen, die von der Struktur mit dem Jobcenter Stadt Karlsruhe vergleichbar sind, ermöglichen. Die notwendigen Daten für den Geschäftsbericht 2006 werden voraussichtlich Ende März 2007 vorliegen, so dass der Bericht 2006 im April oder Mai 2007 der Trägerversammlung und den politischen Entscheidungsgremien vorgelegt werden kann.

Auch das Themenfeld Unterkunftskosten und die daraus resultierenden Folgen (wie z. B. „erzwungene Wohnungsumzüge“) werden im Geschäftsbericht des Jobcenters Stadt Karlsruhe dargestellt sein.